

Der enkel*innen-fähige Bielefelder Stadtwald

Gedanken in und für Zeiten der Ungewissheit



Bielefelder*innen sind privilegiert. Sie besitzen einen der schönsten und größten Stadtwälder Deutschlands. Geologische Vielfalt, Höhenunterschiede und hohe Niederschläge bieten unterschiedliche Entwicklungsbedingungen für eine wunderschöne, biodiverse und an Umweltveränderungen anpassungsfähige Waldnatur. Wenn, ja wenn die Voraussetzungen dafür auch in Zukunft bestehen werden. Die Bürger*innen haben die Fürsorge für ihren Stadtwald dem Umweltbetrieb „Forsten“ übertragen mit dem Vertrauen, dass dieser professionell mit ethischem Bewusstsein für nachhaltige und beste Daseinsvorsorge handelt. Dafür könnte die Umbenennung in einen „Stadtwald“ günstig sein, denn nach einer Grundsatzfeststellung des Bundes-Verfassungsgerichtes von 1990 darf öffentlicher Waldbesitz nicht primär erwerbswirtschaftliche Ziele von „Forsten“ verfolgen, sondern er muss vor allem der allgemeinen Daseinsvorsorge und dem Naturschutz dienen. Im Sinne der Agenda 21 des Weltgipfels 1992 in Rio muss der Betrieb des Stadtwaldes partizipativ mit den betroffenen Bielefelder*innen durchgeführt werden. Dazu kann zum Beispiel ein „Waldbeirat“ aus mit

Wald verbundenen Gruppen und Einzelpersonen gebildet werden, der an allen relevanten Ereignissen im und um den Wald beteiligt wird. Im Stadtwald Stuttgart ist gerade so ein Waldbeirat auf Drängen der Bürgerinitiative „Waldzukunft“ gebildet worden.

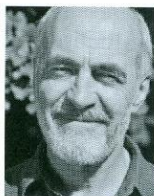
Zertifizierung mit Anspruch

Für die verantwortlichen Politiker*innen ist es unmöglich, waldfachliche Qualitäten zu definieren oder im Vollzug zu kontrollieren. Dafür gibt es unabhängige Zertifizierungsorganisationen für Waldbetriebe und deren Produkte. Der Stadtwald Bielefeld besitzt ein Zertifikat des PEFC. Dieses ist allerdings dasjenige, das den niedrigsten Standard aller verfügbaren Zertifikate fordert. Deshalb sollte sich die Stadtpolitik für ein anspruchsvolles Zertifikat entscheiden, das von anspruchsvollen Umweltverbänden ebenso anerkannt und vom Produktemarkt begehrt ist. Solche Zertifikate sind in Deutschland diejenigen von „Naturland e. V.“ und von FSC (Forest Stewardship Council). Große Stadtwälder wie die von Berlin, München, Düsseldorf, Hannover und Lübeck sind so zertifiziert. Mit diesen Verbesserungen wäre bis vor Kurzem schon viel gewonnen. Aber nun hat die „Klimakrise“ in den letzten Jahren auch in Wäldern sichtbar zugeschlagen. Die Bundesregierung spricht vom „Waldsterben 2.0“ und stellt Milliarden Euro-Beträge zur „Rettung des Waldes“ in Aussicht. Damit sollen abgestorbene Bäume im Kahlschlag geerntet, Flächen mit Großmaschinen freigeschoben und maschinell mit neuartigen Wunderbaumarten aus anderen Klimaräumen zu forstindus-

triellen Pflanzungen umgebaut werden. Die Zukunft liege „faktenbasiert“ in neuen Plantagen. Die aus Millionen von Jahren überkommenen, sich selbst erneuernden Wäldern mit ihrer reichen Biodiversität sollen Schritt für Schritt dem konstruierten „Klimawald“ weichen, weil die heimische Natur es angeblich nicht mehr schaffen kann, sich an den Klimawandel anzupassen.

Urwald statt Forst

Eine solche „Rettung“ der Forsten wäre für Bielefeld eine Katastrophe. Deren naturnah strukturierten Wälder haben die besseren Chancen, im Klimawandel zu überleben, wenn sie sich noch mehr in eigenständiger natürlicher Dynamik an den Wandel anpassen dürfen. Dazu müssen aber die bisherigen Eingriffe zur „Pflege“ in den Waldbereichen mit überwiegend heimischen Baumarten stark reduziert werden. Die „Ernte“ sollte sich auf die naturfernen Nadelwald-Bereiche konzentrieren, um diese für heimische Baumarten zu öffnen. Das Überleben der Wälder wird wesentlich davon abhängen, dass sie wieder dunkler und im Innern feuchter werden wie ein „Urwald“ mit einigem Totholz als Humusmaterial, Wasserschwamm und Windbremse. Auch die „Verkehrssicherung“ an Waldwegen - international als „deutsche Krankheit“ bezeichnet - sollte auf ein Minimum beschränkt werden, um den Wald dicht zu halten. Wenn dann in heißen Sommern die Temperaturen im nahen Stadtwald um zehn bis 15 Grad niedriger sein werden als in der Stadt selbst (faktenbasiert), dann werden die Bürger*innen fühlen, was gute Daseinsvorsorge auch für sie bedeutet.



Lutz Fährer ist der ehemalige Leiter des Stadtforstamts Lübeck, wo er 1994 ein Konzept der „Naturnahen Waldnutzung“ eingeführt hat.